



Der Regierungsrat plant einen Gegenvorschlag zu «Mühleberg vom Netz»

Atomrisiko hält sich nicht an Finanzpläne

Der Regierungsrat hat vor kurzem einen Gegenvorschlag zur Initiative «Mühleberg vom Netz» in die Vernehmlassung geschickt. Dieser sieht vor, dass das AKW Mühleberg nicht sofort, sondern in Absprache mit der BKW spätestens 2022 abgeschaltet wird.



Vor einem Jahr reichte ein partei- und verbandsunabhängiges Komitee die Initiative «Mühleberg vom Netz» ein. Diese verlangt, dass der Kanton als Mehrheitsaktionär der BKW für die sofortige Abschaltung des AKW Mühleberg sorgt. Der Regierungsrat erwägt nun, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Demnach würde das AKW Mühleberg bis spätestens 2022 vom Netz genommen.

Finanzpolitik vs. Sicherheit

Die Regierung begründet ihr Nein zur Initiative mit finanzpolitischen Argumenten. Eine politisch motivierte Abschaltung von Mühleberg könnte zu «aussichtsreichen Haftungsklagen der BKW und anderer Aktionäre» führen, schreibt der Regierungsrat. Er rechnet mit Nachzahlungen in den Entsorgungs- und Stilllegungsfonds von 450 Mio. Franken, einem zusätzlichen Rückstellungsbedarf von 200 Mio. Franken und einer Restwertabschreibung von 400 Mio. Franken.

Sicherheit ist nicht verhandelbar

Für die Grünen kommt ein Gegenvorschlag mit Endtermin 2022 nicht in Frage. Im Jahr 2017 wird das AKW Mühleberg 45 Jahren in Betrieb sein; bereits heute ist es eines der ältesten AKW der Welt. Risse im Kernmantel, ungenügende Absicherung der Kühlung und Überflutungsrisiko sind nur drei Stichworte zu den Sicherheitsmängeln. Hier aus finanziellen Gründen Kompromisse zu machen, ist fahrlässig. Zudem ist die Furcht vor Schadenersatzforderungen durch die BKW zu relativieren: Denn die BKW, welche mit Fehlinvestitionen in ausländische Atom-, Gas- und Kohlenkraftwerke in den letzten Jahren hunderte von Millionen in den Sand gesetzt hat, ist nicht sonderlich legitimiert, wegen «nicht gewinnorientiertem Verhalten» Schadenersatz einzufordern.

Wenn ein Gegenvorschlag zur Initiative «Mühleberg vom Netz», dann einer, der der Grünen Atomausstiegsinitiative entspricht und als letztmöglichen Ausstiegstermin das Jahr 2017 vorsieht.

Antonio Bauen, Grossrat Grüne

Une occasion manquée... mais le virage est pris



En rejetant l'initiative «Berne renouvelable» et son contre-projet, le canton a perdu une occasion d'inscrire dans

la Constitution les principes d'une politique énergétique tournée vers l'avenir. Par la promotion des énergies renouvelables et des mesures d'efficacité énergétique, il aurait gagné sur le plan économique.

Nous ne considérons pas le rejet du contre-projet comme un rejet de l'approvisionnement énergétique renouvelable. Au contraire, le résultat serré indique que le canton de Berne est sur la bonne voie.

Nous sommes fiers car avec Berne-Mittelland et Bienne, le Jura bernois a accepté le contre-projet – avec 52,1 % de oui. Merci aux personnes qui se sont engagées durant cette campagne.

Pierre Amstutz, député

Inhalt



Seite 2
Ist der Grosse Rat kompromissbereit?



Seite 3
Sparen kommt den Kanton Bern teuer zu stehen



Seite 5
Grüne Ideen werden mehrheitsfähig



Seite 7
Nein zum Hooligan-Konkordat

Ist der Grosse Rat kompromissbereit?



Im Juni kommt es im Grossen Rat zum personalpolitischen Showdown. Mit dem neuen Pensionskassengesetz und der Revision von Lehrerstellungs- und Personalgesetz stehen zwei grosse Brocken auf der Tagesordnung. Beide Geschäfte wurden von Erziehungsdirektor Bernhard Pulver in vorbildlicher Weise vorbereitet.

Heute ist klar, mit welchen Anträgen die vorberatenden Kommissionen die Geschäfte in den Grossen Rat bringen. Beim Pensionskassengesetz hat die Kommission einige problematische Verschlechterungen vorgenommen. Unter dem Strich verbleibt eine personalpolitisch nur schwer verdaubare Lösung: Sanierungsbeiträge während zwanzig Jahren, eine Heraufsetzung des Rentenalters und ein absehbar tieferes Rentenniveau infolge des Wechsels zum Beitragsprimat. Oder mathematisch als «Gleichung» ausgedrückt: höhere Beiträge + längere Beitragsdauer = tiefere Rente.

Auch wenn die Grünen dem Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat skeptisch gegenüberstehen, haben sie sich bereit erklärt, im Pensionskassengeschäft Hand zu einer Kompromisslösung zu bieten. Denn ein Scheitern der Vorlage zöge nur Verlierer nach sich: Versicherte, Kanton und SteuerzahlerInnen.

Damit der Kompromiss zustande kommt, braucht es nun das Entgegenkommen des Grossen Rates bei der Lohnvorlage. Hier will der Regierungsrat festlegen, dass für individuelle Lohnaufstiege jährlich 1,5 Prozent der Lohnsumme zur Verfügung stehen. Diese bescheidene Verbesserung würde keine grossen Sprünge erlauben – der bestehende Lohnrückstand liesse sich so kaum aufholen. Aber immerhin wäre gewährleistet, dass der Lohnrückstand nicht Jahr für Jahr weiter anwächst. Die Grünen haben ihren Beitrag zum Kompromiss geleistet – nun steht die bürgerliche Mehrheit in der Pflicht.

Blaise Kropf, Grossrat Grüne, Präsident Grüne Kanton Bern

Erneuerbare Energie für Bern

Knapp an der Sensation vorbei

Am 3. März wurde im Kanton Bern über die Initiative «Bern erneuerbar» der Grünen und einen Gegenvorschlag des Grossen Rates abgestimmt. Mit 48,6 Prozent Ja-Stimmen wurde der Gegenvorschlag nur knapp abgelehnt. Trotz der Abstimmungsniederlage ziehen die Grünen auch positive Schlüsse aus der abgeschlossenen Kampagne.



Im November 2009 reichten die Grünen Kanton Bern die Initiative «Bern erneuerbar» mit fast 18 000 gültigen Unterschriften ein und bewiesen damit, dass sie initiativfähig sind. Mit der Abstimmungskampagne zur Initiative und zum Gegenvorschlag des Grossen Rates stellten die Grünen nun unter Beweis, dass sie auch bündnisfähig sind: Über 450 BernerInnen aller Parteien und mehr als 100 UnternehmerInnen engagierten sich im Komitee «Erneuerbare Energie für Bern» für ein 2 x Ja. Unterschiedliche Präferenzen bei der Stichfrage wurden im Interesse des gemeinsamen Einsatzes für die Energiewende und die Stärkung des Kantons Bern in den Hintergrund gerückt.

Politik ist selten rational

Das knappe Nein zum Gegenvorschlag kann definitiv nicht als Nein zu einer erneuerbaren Energieversorgung gewertet werden. Dies umso mehr, als eine Auswertung der Stimmzettel nahelegt, dass eine klare Mehrheit der Stimmbevölkerung der einen oder anderen Vorlage zugestimmt hat (vgl. «Der Bund» vom 14. März 2013). Diese Erkenntnis ändert zwar nichts am Resultat. Gerade bei einem so tiefgreifenden Reformvorhaben ist es aber ermutigend zu wissen, dass die Stimmbevölkerung hinter dem Anliegen steht. Gleichzei-

tig drängt sich die Frage auf, wie der Kanton Bern die Information zur Stimmabgabe bei Variantenabstimmungen verbessern kann.

Erneuerbarer Versorgung gehört die Zukunft

Umstellungsprojekte brauchen oft einen langen Atem, um sich durchzusetzen. Die Abstimmungsergebnisse einzelner Regionen zeigen auf, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden. So erfreuen etwa das Ja zum Gegenvorschlag im Berner Jura (s. S. 1) und in den Energiestädten: In allen 21 Energiestädten zusammengezählt, wurde der Gegenvorschlag mit 54,1 Prozent Ja relativ deutlich angenommen.

Die Breite der Koalition «Erneuerbare Energie für Bern» und das grosse Engagement vieler bürgerlicher PolitikerInnen und UnternehmerInnen belegen eine Achsenverschiebung in der energiepolitischen Debatte, welche sich nicht mehr rückgängig machen lässt. Die Grünen dürfen stolz darauf sein, dass eine vor vier Jahren mehr oder weniger im Alleingang gestartete Initiative nun zu einem so knappen Abstimmungsergebnis geführt hat. Es ist eine Frage der Zeit, bis in der Schweiz eine vollständig erneuerbare Energieversorgung rechtlich verankert wird. Die Grünen bleiben dran!

Regula Tschanz, Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern



«Erneuerbare Energie für Bern»: eine motivierte und motivierende Kampagne

Wirtschaftliche Entwicklung stärken statt sozialen Zusammenhalt gefährden

Sparen kommt den Kanton Bern teuer zu stehen

Ein 276-seitiger Bericht «Interkantonales Benchmarking» liefert hunderte von Tabellen zur finanziellen Situation des Kantons Bern – aber kaum Lösungen. Die Grünen wehren sich gegen einseitige Abbauprogramme, die den sozialen Zusammenhalt des Kantons gefährden und mittelfristige Verbesserungen in der Wirtschaftsstruktur verunmöglichen.



Dem Berner Staatshaushalt fehlen strukturell rund 400 bis 450 Millionen Franken pro Jahr. Nachdem ein vom Regierungsrat in Auftrag gegebener Zwischenbericht im Dezember 2012 zeigte, dass sich der Kanton Bern keinen Luxus leistet und seine Ausgaben im Durchschnitt liegen, weist ein neuer Bericht aus, wie Bern im Vergleich zu anderen Kantonen steht. Die bürgerlichen Parteien werden nicht müde, von überdurchschnittlichen Kosten zu sprechen. Das Beispiel AHV-Ergänzungsleistungen (EL) zeigt das Problem dieser Optik: Tatsächlich sind in Bern mehr Leute auf die EL angewiesen, um nicht in Altersarmut abzugleiten. In Bern leben aber überdurchschnittlich viele ältere Menschen mit tiefen Einkommen. Zudem wird dieser Bereich auf Bundesebene geregelt. Der Kanton hat hier deshalb gar keinen Spielraum.

Sparstudie zeigt Nachholbedarf

Unterdurchschnittlich sind im Kanton Bern hingegen die Ausgaben für Familien und Jugend. Seit langem kämpfen die Grünen für Ergänzungsleistungen für Familien, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder jüngst für Stipendien statt Sozialhilfe für Jugendliche und junge Erwachsene. Die im Vergleich tiefsten Ausgaben hat Bern in den Bereichen sozialer Wohnungsbau (Null Franken), Umwelt und Raumordnung oder Altersheime. Weniger als andere Kantone investiert Bern auch in Fachhochschulen und Universitäten; überdurchschnittlich viel hingegen in den Bereichen Tourismus und Kirche.

Volkswirtschaftliche Negativspirale verhindern

Der Zwischenbericht vom Dezember 2012 hat aufgezeigt, dass das strukturelle Defizit des Kantons mit dem unterdurchschnittlichen Steuerpotenzial zusammenhängt. So liegt die Wirtschaftskraft des Kantons Bern mit 77 Prozent klar unter dem Schweizer Mittelwert und erhöht sich mit dem Finanzausgleich «nur» auf 85 Prozent. Zudem steht im Bericht, dass die «Steuersenkungen zum falschen Zeitpunkt kamen bzw. der Kanton sich diese eigentlich nicht leisten konnte». Der Kanton muss jetzt seine Wirtschaftsstrategie umsetzen. Erneue-



Die eindruckliche Kundgebung «Stopp Abbau» vom 16. März 2013 mit über 20000 Teilnehmenden hat gezeigt, dass die Bevölkerung den ewigen Leistungsabbau satt hat.

erbare Energien, Energieeffizienz und Investitionen in die Bildung sind dabei zentral. Bern braucht ein gutes Angebot an öffentlichen Dienstleistungen, damit die Berner Volkswirtschaft nicht in eine Negativspirale gerät.

Natalie Imboden, Grossrätin Grüne

Barbara Schwickert, nouvelle présidente de l'Association Cité de l'énergie



Je suis ravie d'avoir été élue à la présidence de l'Association Cité de l'énergie.

Aujourd'hui, 53 % de la population suisse vivent dans l'une des 332 communes certifiées «Cité de l'énergie». Un succès sans précédent pour lequel l'association s'engage depuis 25 ans. Nous devons convaincre d'autres communes d'obtenir le label et encourager les communes qui ont déjà reçu le label à poursuivre le processus.

En tant que membre de l'exécutif de la ville de Bienne, je

sais ce que signifie la transition énergétique pour les communes, les villes et les entreprises communales d'approvisionnement en énergie. Nous apportons une contribution de taille à la mise en œuvre de la stratégie énergétique de la Confédération. Présents sur le terrain, nous sommes en mesure d'agir concrètement et d'entretenir un contact direct avec la population, en partenariat avec la Confédération et le canton. Bienne s'engage sur cette voie avec, par exemple, plus d'autoproduction d'électricité renouvelable grâce aux projets locaux et régionaux de produc-

tion d'énergie photovoltaïque, éolienne et hydraulique ou encore, dès cette année, avec le droit de décliner («opting-out») le type de courant électrique distribué: ainsi, les ménages désirant être approvisionnés en électricité nucléaire devront le demander explicitement; par défaut, 100% de l'électricité proviendra de centrales hydrauliques locales. Finalement, avec des projets tels que l'énergierap, nous avons noué des contacts avec les écoles (www.energie-rap.ch) et, avec EnergieEffort (www.energie-effort.ch), sensibilisé la population à l'économie d'énergie.

L'année prochaine, l'accent sera mis sur le chauffage. Un plan directeur de l'énergie est en cours d'élaboration.

Bienne est une Cité de l'énergie qui prend le label au sérieux. Ainsi, en tant que ville suisse de taille moyenne, nous pouvons définir systématiquement des mesures et évaluer leur effet. Cela accroît la légitimité des autorités politiques et donne de notre ville une image positive.

Barbara Schwickert, Directrice des travaux publics, de l'énergie et de l'environnement de la ville de Bienne

Wochenende in Lyon: Pläne schmieden und fröhliches Zusammensein

Brot und Spiele für eine bessere Zukunft



Nach diesem dunkelsten Winter seit 13 Jahren befand sich auch bei uns Jungen Grünen der Vitamin-D-Spiegel auf einem Tiefpunkt. Höchste Zeit also, die Fanfaren erklingen zu lassen und in die Arena zu rufen um das Volk, oder in diesem Falle uns selber, in Stimmung zu bringen. Denn, fehlt es in der Politik an Freude, Leidenschaft und fröhlichem Zusammensein, wird dabei auch nichts Produktives und schon sicher nichts Soziales entstehen. Nur wer den Wert von Gesellschaft im kleinen Rahmen kennt, kann sich auch mit den richtigen Absichten für die ganze Gesellschaft einsetzen.

Getreu dieser Überzeugung beschlossen wir, zusammen einen Wochenendausflug nach Lyon zu unternehmen, um das frostige Frühjahr zu vergessen und in ungewohnter Umgebung neue Pläne schmieden zu können. Gereist sind wir selbstverständlich mit dem Zug.

Was vor allem zählte war das gemeinsame Erleben. Wenn ich jeweils Stimmen höre, die sich darüber lustig machen, dass man nach politischen Sitzungen noch zusammensitzt, etwas trinkt und gemütlich plöderlet, dann kann ich nur den Kopf

schütteln. Denn bei vielen politischen Vorstössen kann ich mir jeweils gut vorstellen, wie diese in einem düsteren, einsamen Arbeitszimmer entstanden sind. Voller Verdruss über den vergangen Tag, geboren in einem kühlen Kopf. Und diesen soll man auch noch bewahren, plädieren viele. Doch wo wären wir heute, wenn nicht ab und zu einige feurige Ideen zu später Stunde, in illustren Runden entstehen würden? Die kühlen Köpfe braucht es bei der Ausführung, nicht etwa bei der Entstehung von politischen Visionen.

Diese Visionen hatten wir in Lyon definitiv wieder vor Augen. Mit lautem Lachen, blöden Sprüchen und hitzigen Diskussionen pflanzen

wir die Abstimmung über die Asylgesetzrevision, unsere Klimapetition (www.klimapetition.ch) und verschafften uns einen Überblick über die zahlreichen Initiativen und Referenden, für welche im Moment Unterschriften gesammelt werden. Und nach zwei gemeinsamen Reisetagen wussten wir wieder ganz genau, wofür wir kämpfen. Für eine Welt, in der wir und unsere Kinder noch in vielen Jahren gemeinsam und mit einem Lachen im Gesicht zusammensitzen und das Wunder des Lebens geniessen können. In diesem Sinne: Prost miteinander!

Manuel Michel, Co-Präsident Junge Grüne Kanton Bern



Generationenvertrag stärken!



1918 forderte die ArbeiterInnenbewegung im Generalstreik u.a. die Einführung einer Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV). Erst 30 Jahre später, am 1. Januar 1948, wurde die AHV eingeführt. Die letzte reale Rentenerhöhung fand 1975 statt. Seither hinkt die Altersrente der Lohnentwicklung massiv hinterher. Heute ist die AHV nicht mehr die existenzsichernde Sozialversicherung, als die sie einst gedacht war.

Im Gegensatz zur beruflichen Vorsorge der zweite Säule mit dem Kapitaldeckungsverfahren funktioniert die AHV nach dem Umlageverfahren: Die Berufstätigen finanzieren die Renten der Pensionierten. Damit ist die AHV-Kasse den Turbulenzen der Finanzmärkte und der Gefahr von Inflation viel weniger ausgesetzt. Wir wollen diese wichtigste Altersvorsorge und damit den Generationenvertrag stärken. Darum haben die Gewerkschaften, unterstützt von SP und Grünen, die Initiative «AHVplus»

ergriffen, welche generell alle Renten um 10 Prozent erhöhen will. Die Finanzierung soll hauptsächlich durch eine nationale Erbschaftssteuer gesichert werden. Wir Jungen werden uns an den Generationenvertrag halten!

Jetzt unterschreiben: www.gruenebern.ch
⇒ Positionen ⇒ Nationale Initiativen

Roman Gugger, Co-Präsident Junge Grüne Kanton Bern

Wahlen für das Gemeindepräsidium in Uetendorf

Grüne Ideen werden mehrheitsfähig

Nach elf Jahren im Amt tritt der Gemeindepräsident von Uetendorf, Hannes Zaugg-Graf (SP), zurück. Für die Ersatzwahl vom 9. Juni 2013 kandidiert die Grüne Gemeindepräsidentin Anna-Katharina Zenger – portiert von den Grünen und der SP.



Seit 20 Jahren, kurz nach meiner Rückkehr ins Heimatdorf Uetendorf, engagiere ich mich bei den Grünen. In dieser Zeit habe ich gemeinsam mit anderen Grünen politische Basisarbeit geleistet – Ideen entwickelt, Vernehmlassungen geschrieben, Petitionen lanciert, Wahlkämpfe bestritten, Strassenaktionen durchgeführt.

Seit 2012 bin ich als Gemeinderätin von Uetendorf zuständig für das Ressort Hochbau und Planung. In dieser Funktion bin ich unter anderem verantwortlich für die eben gestartete Ortsplanungsrevision. Es gilt dabei, die Entwicklung des Dorfes für die nächsten 15 Jahre zu planen. Eine spannende Aufgabe – und eine Herausforderung, den Grünen Anliegen in einem Dorf wie Uetendorf Gehör zu verschaffen.

Zusammenspiel von Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft

Natürlich ist auch in Uetendorf der Weg zu einem nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit funktionierenden Dorf lang und steinig. Um ihn zu beschleunigen und die Arbeit meines Vorgängers zu sichern, stelle ich mich für das Gemeindepräsidium zur Wahl. Ich kenne Uetendorf seit meiner Kindheit, bin hier

verwurzelt und gut vernetzt. Als Familienfrau, Realschullehrerin und Mitglied eines Frauensportvereins kenne ich die Bedürfnisse, Freuden und Sorgen breiter Bevölkerungskreise. Dieser grosse Erfahrungsschatz bildet die Grundlage für meine Arbeit als Gemeinderätin und hoffentlich bald als Gemeindepräsidentin.

Die Annahme des neuen Raumplanungsgesetzes und andere Beispiele zeigen, dass «Grüne Ideen» mehrheitsfähig werden. «Grüne Ideen» sind auch ausgewogene Ideen. Nachhaltigkeit und das Zusammenspiel von Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft stehen für mich im Zentrum. Ich verfolge keine Politik der Einzelinteressen.

Meine Visionen für Uetendorf

Das Dorfzentrum von Uetendorf soll aufgewertet werden und zum Lebensraum für Jung und Alt werden. Im Zusammenhang mit der Ortsplanung sollen die Schönheiten der Natur um Uetendorf geschützt werden. Das fortschrittliche, vom Gemeinderat verabschiedete Energieleitbild soll tatsächlich umgesetzt und die hohe Lebensqualität in Uetendorf erhalten und erhöht werden.

Ich bin motiviert, mich auf lokaler Ebene den anstehenden grossen Themen zu stellen, mich für die Gesellschaft einzusetzen und die dafür notwendige Zeit und Energie aufzubringen.

Anna-Katharina Zenger, Gemeinderätin Uetendorf



Als Gemeindepräsidentin möchte die Grüne Anna-Katharina Zenger den Prinzipien der Nachhaltigkeit Gehör verschaffen.

Grüne Erneuerung für Köniz und Münsingen

Mit Rita Haudenschild und Beat Moser kandidieren im Herbst zwei weitere Grüne für ein Gemeindepräsidium. Was sind ihre Visionen für Köniz und Münsingen?



«In den letzten Jahren konnte sich Köniz in seiner Vielfalt gut positionieren. Mir liegt viel daran, auf diesem Weg weiter zu gehen, und doch gewisse Akzente zu verstärken: eine massvolle Verdichtung fördern, gleichzeitig aber die Grün- und Erholungsräume in den Siedlungen bewusster gestalten. Im ländlichen Köniz sollen die Landschaften als Wert mehr geschätzt werden. Und Köniz soll eine

starke Rolle in der Region Bern übernehmen, weltoffen und modern, und auf dem Weg in die neue Energiezukunft eine Führungsrolle beanspruchen.

Köniz könnte gut eine Frau als nächste Gemeindepräsidentin vertragen. Ich sehe mich als erfahrene und engagierte Gemeinderätin ohne Scheuklappen, gehe gerne auf die Leute zu.»
Rita Haudenschild, Gemeinderätin Köniz, Grossrätin Grüne



«Münsingen hat überzeugende Stärken, welche über Jahre aufgebaut wurden. Es herrscht ein offener und fortschrittlicher Geist. Münsin-

gen ist wirtschaftlich attraktiv und ideal für Jung und Alt: mit gutem Schul- und Bildungsangebot, mit einem vielfältigen Kultur- und Sportangebot und schönen Naherholungsräumen. Ich will diese Qualitäten weiterentwickeln, Münsingen als vorbildliche Energiestadt mitgestalten und die Lebensqualität sowie die Zentrumsfunktion von Münsingen im Aaretal weiter stärken.

Ich bin überzeugt, dass ich mit meinem Wissen und Können, aber auch mit meiner integrierenden Art dazu beitragen kann, die herausfordernden Aufgaben der Gemeinde erfolgreich zu lösen.»

Beat Moser, Grüne Münsingen, ehem. Parlamentspräsident

Abstimmung vom 9. Juni 2013: Ja zur Stadtratsvorlage



Gleich lange Spiesse für öffentliche und private Kitas

Am 9. Juni 2013 entscheiden die Bernerinnen und Berner über das städtische Kinderbetreuungswesen. Damit alle Kita-Anbieter gleich behandelt werden, empfiehlt die GFL ein Ja zum Stadtratsvorschlag und ein Nein zum Volksvorschlag.



Die klare Mehrheit der BernerInnen hat sich im Mai 2011 für die Einführung von Betreuungsgutscheinen ausgesprochen. Gegen das daraufhin vom Stadtrat verabschiedete Reglement wurde von SP, GB und Gewerkschaften das Referendum (Volksvorschlag) ergriffen. Bei der Abstimmung im Juni geht es nicht um Details, vielmehr zementiert der Volksvorschlag die Benachteiligung privater Kitas.

Im Stadtratsvorschlag werden alle Kita-Anbieter gleich behandelt. Mit den Betreuungsgutscheinen können sowohl die privaten als auch die städtischen Kitas ihre Dienstleistungen auf die Nachfrage ausrichten. Das ist

wichtig, denn die Stadt kann nicht allein für genügend und den Ansprüchen entsprechende Kita-Plätze sorgen. Der Volksvorschlag hingegen bevorzugt städtische Kitas und behindert die privaten mit unnötigen bürokratischen Auflagen, welche ein bedarfsorientiertes Angebot massiv einschränken würden. Das ist weder sozial noch fair.

Qualität und Wahlfreiheit sichern

Uns ist es ein wichtiges Anliegen, einerseits die Qualität in den Kitas zu steigern und andererseits den Eltern die Wahlfreiheit zu geben, wem sie ihre Kinder anvertrauen wollen. Was die Qualität der Kitas angeht, gibt es keinen Unterschied zwischen

städtischen und privaten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll ins Zentrum rücken, die Unterstützung sozial Benachteiligter bleibt durch Subventionierung – auch privater Kitas – bestehen.

Rania Bahnan Buechi, Stadträtin GFL



Abstimmung vom 9. Juni 2013: Ja zum Volksvorschlag



Betreuungsgutscheine ja, aber fair

Sollen die Kitas dem freien Markt überlassen werden? Das Grüne Bündnis findet Nein und empfiehlt am 9. Juni 2013 darum ein Nein zum Stadtratsvorschlag und ein Ja zum Volksvorschlag.



In einer umstrittenen Abstimmung im Mai 2011 haben die Stimmberechtigten der Stadt Bern beschlossen, das Kita-Angebot künftig über Betreuungsgutscheine zu finanzieren. Das Grüne Bündnis akzeptiert diesen Grundsatzentscheid. Im Gegensatz zur heutigen Finanzierung, bei welcher die Stadt ihre Beiträge direkt an die beauftragten Kindertagesstätten ausrichtet, gehen die Gelder künftig an die Eltern, die damit in einer beliebigen Kita einen Platz für ihr Kind nutzen können.



Drohende Erhöhung der Elterntarife

Bei der Umsetzungsregelung hat der Stadtrat eine marktorientierte Lösung beschlossen: «Die Privaten machen es besser – die öffentliche Hand braucht es nicht», lautet das Motto. Erstens schafft das stadträtliche Reglement die Tarifobergrenze ab und nimmt so in Kauf, dass die Elternbeiträge angehoben werden. Zweitens schafft das Reglement die Defizitgarantie für die städtischen Kitas ab, was mittelfristig zu einer Privatisierung oder gar einer Schliessung der öffentlichen Kitas führen wird. Daher hat das Grüne Bündnis gemeinsam mit Partnerorganisationen den Volksvorschlag «Betreuungsgutscheine ja, aber fair» eingereicht. Der Entscheid vom 9. Juni hat Signalwirkung über die Stadtgrenzen hinaus. Ein Ja zum



Volksvorschlag und ein Nein zum Stadtratsreglement garantieren ein qualitativ gutes Angebot und faire Anstellungsbedingungen für das Personal.

Cristina Anliker-Mansour, Stadträtin Grünes Bündnis

Christine Michel, Stadträtin Grünes Bündnis

Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

Grüne unterstützen Referendum gegen das «Hooligan-Konkordat»

Im März hat der Grosse Rat den Beitritt zum verschärften «Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen» beschlossen. Dagegen hat ein Komitee von PolitikerInnen und Fanorganisationen das Referendum ergriffen. Die Delegierten der Grünen Kanton Bern haben am 30. April 2013 die Unterstützung des Referendums beschlossen.



Nach intensiver Debatte beschloss der Grosse Rat im März den Beitritt zum verschärften «Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen». Dabei handelt es sich um eine Revision des seit 2010 in Kraft stehenden interkantonalen «Hooligan-Konkordats». Umstritten waren in der Ratsdebatte vor allem Massnahmen wie die Ausweitung der Rayonverbote, Bestimmungen zur Anreise an Fussballspiele (z.B. Kombitickets) und Durchsuchungen bei der Zugangskontrolle (teilweise durch private Sicherheitsfirmen). Vor Bundesgericht ist eine Beschwerde hängig, welche die Verfassungsmässigkeit des Konkordats auf verschiedenen Ebenen in Frage stellt.

Bei den Grünen gab es im Grossen Rat GegnerInnen und BefürworterInnen. Eine Mehrheit der Fraktion gelangte in der Abwägung der verschiedenen Aspekte zum Schluss, dass die Verschärfungen zur Reduktion von Gewalt bei Sportveranstaltungen beitragen würden. Demgegenüber stand eine Minderheit, die das Konkordat ablehnte, weil sie die Rechtsunsicherheit und den Eingriff in Grundrechte höher gewichtete.

Viel Fachwissen im Bereich Fanarbeit

Gegen den Beschluss des Grossen Rates hat ein Komitee mit VertreterInnen aus der Poli-

tik und den Fandachorganisationen des BSC YB, des FC Thun, des SC Bern, des EHC Biel, des SC Langenthal und des SC Langnau das



Prävention statt Repression: Die Erfolge der Fanarbeit und deren Zusammenarbeit mit Behörden und Sportklubs müssen vorangetrieben werden.

Referendum ergriffen. Kommen innert dreier Monate die benötigten Unterschriften zusammen, wird das Berner Stimmvolk voraussichtlich im Frühling 2014 über das Konkordat abstimmen.

Nach einer kontroversen Diskussion beschloss die Delegiertenversammlung der Grünen Kanton Bern am 30. April mit 61 zu 11 Stimmen das Referendum zu unterstützen. Die Grünen verwehren sich damit der Diskussion um die Gewalt in und um Stadien nicht. Das verschärfte «Hooligan-Konkordat» wurde aber für die pauschale Kriminalisierung von Sportfans kritisiert, zu der seine strikte Anwendung führen kann. Beispiele aus dem Ausland belegen zudem, dass sich Hooliganismus mit rein repressiven Massnahmen nicht verhindern lässt, sondern bloss in andere Ligen und auf Gebiete ausserhalb der Stadien verlagert wird.

Statt auf Repression wollen die Grünen auf Prävention setzen – und die Erfolge der Fanarbeit und deren Zusammenarbeit mit Behörden und Sportklubs vorantreiben. Dank Personen wie Su Elsener (Fanarbeiterin SCB), Urs Frieden (Gründer HalbZeit, Gemeinsam gegen Rassismus und FARE) oder Rafael Ganzfried (ehemaliger Fanarbeiter BSC YB, Co-Präsident des Trägervereins) verfügen die Grünen im Bereich Fanarbeit über Wissen und Erfahrung wie keine andere Partei.

Clemens Friedli, Grüne Burgdorf, Dachverband gäubschwarzsüchtig, ehemaliger Co-Präsident Fanarbeit Bern

Mehr Informationen: www.konkordatnein.ch

Agenda

■ **18.05.2013, «Tour d'Uetendorf» mit Anna Katharina Zenger:** Lernen Sie die Grüne Kandidatin für das Gemeindepräsidium in Uetendorf persönlich kennen. 10 Uhr, Innenhof KGH Allmend / 11.30 Uhr, Kandermatte (Hänni-Möbel) / 13 Uhr, Dorfplatz / 15 Uhr Schulgässli, Berg.

■ **01.06.2013, «Radeln mit Rita» – kurze Velotour ins Köniztal:** Lernen Sie Rita Haudenschild, die Grüne Kandidatin für das Gemeindepräsidium in Köniz, auf einer kurzen Velotour kennen. Treffpunkt: 11.00 Uhr, Gemeindehaus Köniz.

■ **04.06.2013, Treffen für Neumitglieder und Interessierte:** Eingeladen sind alle, die sich über die Grünen Kanton Bern informieren möchten. 19.00 Uhr, Geschäftsstelle, Monbijoustrasse 61, Bern.

■ **25.06.2013, «Wohin mit Bern?»**, öffentliche Veranstaltung der AG Wirtschaft: Der Kanton Bern steht finanzpolitisch in einer Schieflage. Der Geschichtspräsident André Holenstein und der Journalist und Autor Stefan von Bergen versuchen in einem Gespräch, die geschichtlichen Wurzeln der heutigen Situation des Kantons Bern

zu klären, die Bürde der Geschichte abzuschätzen und mögliche Perspektiven zu entwerfen. Das Publikum ist eingeladen mitzudiskutieren. 20 Uhr, Politforum Käfigturm, Marktgasse 67, Bern.

■ **20.08.2013, Delegiertenversammlung:** Die Delegiertenversammlungen der Grünen Kanton Bern sind öffentlich – Interessierte sind herzlich willkommen. Die Themen erfahren Sie ab Ende Juli auf www.gruenebern.ch ⇒ Agenda. 19 Uhr, Rosstall, Schloss Köniz.

30 Jahre Grüne Schweiz



Ende April haben die Grünen Schweiz ihren 30. Geburtstag gefeiert. Und sich als Partei im besten

Erwachsenenalter präsentiert: beweglich, engagiert, stolz auf ihre Wurzeln und mit einem vollen Auftragsbuch. Angefangen hatte alles mit einer Autobahn. Um den Bau der N5 am Neuenburgersee zu verhindern, haben umweltbewusste Freisinnige und SozialdemokratInnen im Dezember 1971 eine ökologische Partei gegründet. Ihr Wahlerfolg wurde in vielen Kantonen kopiert und führte 1983 zum Zusammenschluss der Grünen Schweiz. «Die Medien prophezeiten uns, dass wir als Einthemenpartei keine drei Jahre überleben würden», erinnerte sich die ehemalige Nationalrätin Rosmarie Bär am Jubiläumsfest. Der frühere Parteipräsident Ruedi Baumann fügte an: «Ende der 1990er Jahre hat man mich oft gefragt: Braucht es die Grünen noch? Ein paar Jahre später wurden wir als Bundesratspartei gehandelt.» Vieles, was in den Anfängen der Grünen utopisch erschien, ist heute im Alltag angekommen und breit akzeptiert. Doch ohne grünen Druck geht es bei Themen wie der Energiewende, in der Verkehrspolitik oder bei der Steuergerechtigkeit nicht vorwärts. Die Grünen treten deshalb weiterhin kräftig in die Pedale – im Kanton Bern, in der ganzen Schweiz und international!

Regula Rytz, Nationalrätin Grüne, Co-Präsidentin Grüne Schweiz

Gratulationswünsche von global greens: www.youtube.com/GrueneCH

Parolen

■ National

- Nein zur Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrates»
- Nein zur Änderung des Asylgesetzes (siehe oben)

■ Stadt Bern

■ Schutz von Wohnraum – Teilrevision der Bauordnung:

GB und GFL empfehlen die Teilrevision zur Annahme.

Eidgenössische Abstimmung vom 9. Juni 2013

Nein zur Asylgesetzrevision

Die Verschärfung des Asylgesetzes steht unter dem Deckmantel der «Missbrauchsbekämpfung». Dieses Ziel, ob gewollt oder nicht, wird die Revision jedoch nicht erreichen. Probleme bestehen auf der Vollzugs- und nicht auf der Gesetzesebene. Deshalb lehne ich die Asylgesetzrevision ab.



Niemand von uns kann sich vorstellen, was es bedeutet im eigenen Land politisch verfolgt zu werden. Niemand von uns hat auch nur die geringste Ahnung, welche verheerenden Auswirkungen ein Krieg auf das eigene Leben hat. Niemand weiss was es heisst, auf der Flucht zu sein.

Trotzdem sind alle davon überzeugt in der Asylpolitik mitreden zu können. Es werden Mythen heraufbeschworen und Ängste geschürt. Ein ethisch schwieriges Thema. Den verfolgten Personen soll in der Schweiz der notwendige Schutz gewährt werden. Die Asylverfahren sollen rasch durchgeführt und Missbräuche konsequent bekämpft werden. Denn Missbräuche gehen zulasten der wirklich Verfolgten und verunmöglichen eine glaubwürdige Asylpolitik. Bei den Zielen scheint man sich einig zu sein. Doch beim Weg dahin, bei den Massnahmen, scheiden sich die Geister, so auch bei der vorliegenden Gesetzesänderung.

Ein Zeichen setzen für die humanitäre Tradition

Was wird mit der Asylgesetzrevision geändert? Das Botschaftsverfahren wird abgeschafft. Das heisst, ein Gesuch kann nur noch in der Schweiz und nicht mehr in einer Schweizer Botschaft im Ausland eingereicht werden. Dieses Verfahren konnte unter Umständen als Schutz der Schwächsten dienen, es wurde allerdings nicht sehr oft genutzt. Weiter ist Dienstverweigerung kein Asylgrund mehr. Dieser Grund wurde insbesondere von Flüchtlingen aus Eritrea angegeben. Die Änderung wird jedoch kein Effizienzgewinn sein. Die Flüchtlinge werden und können andere Gründe anführen. Schliesslich sollen mit



der Revision Asylsuchende, welche die öffentliche Sicherheit gefährden, in besonderen Zentren untergebracht werden.

Wir Grünen haben die Gesetzesänderungen konsequent abgelehnt. Umgekehrt war ich aber auch nicht glücklich mit der Ergreifung des Referendums. Nun, da wir darüber abstimmen, werden wir jedoch für die humanitäre Tradition der Schweiz ein Zeichen setzen und Nein stimmen.

Alec von Graffenried, Nationalrat Grüne

Impressum

Grüne Kanton Bern, Monbijoustrasse 61, PF 1066, 3000 Bern 23
Erscheint vier Mal jährlich für Mitglieder und Sympathisierende der Grünen Kanton Bern.
Redaktion: Regula Tschanz
Gestaltung: www.muellerluetolf.ch
Foto S. 2: Remo Ubezio, Liebefeld
Foto S. 6, oben: Kaarsten - Fotolia.com
Foto S. 6, unten: Fabian Lütolf, Bern
Foto S. 7: Thomas Hodel, Köniz
Druck: Bubenbergr Druck, Bern
Auflage: 8000
Redaktionsschluss Nr. 28: 04.08.2013
sekretariat@gruenebern.ch
Tel. 031 311 87 01
PC-Konto: 60-791966-7

■ Reglement über die familienergänzende Betreuung von Kindern und Jugendlichen – Stadtratsvorlage und Volksvorschlag:

Das Grüne Bündnis sagt Nein zur Stadtratsvorlage, Ja zum Volksvorschlag und empfiehlt bei der Stichfrage das Kreuz beim Volksvorschlag.

Die Grüne Freie Liste sagt Ja zur Stadtratsvorlage, Nein zum Volksvorschlag und empfiehlt bei der Stichfrage das Kreuz bei der Stadtratsvorlage.